

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft, Leipzig, Postfach 1010.

Redaktion: Auer Verlagsgesellschaft, Leipzig, Postfach 1010.

Telefon: 1010. Inhalt: Die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua. Postfach-Nr. 1010.

Nr. 113

Donnerstag, den 15. Mai 1924

19. Jahrgang

### Die Lage im Ruhrstreik. Aus siebenstündigen Schichten unter Tage bedingen eine neue Inflation.

Eine Warnung der Arbeitgeber.

Zu den gestrigen Verhandlungen im Ruhrkonflikt wird aus Kreisen der Arbeitgeber darauf verwiesen, daß unter den heutigen Verhältnissen eine erneute Verkürzung der Arbeitszeit unter Tage im Bergbau auf sieben Stunden ganz unmöglich sei. Die dadurch eintretende Verminderung der Förderung würde die Selbstkosten um 3-4 1/2 Mark pro Tonne erhöhen und demgemäß den Verlust, der heute im Durchschnitt infolge der Miumgaben auf der Tonne Ruhrkohlenförderung ruht, von rund 6 auf 8 Mark erhöhen, was für den Bergbau ganz untragbar sei und auch die Reparationsleistungen unmöglich mache. Eine derartige Steigerung der Selbstkosten sei auch deshalb unmöglich, weil dadurch die auf die Dauer unumgänglich notwendige Herabsetzung der Kohlenpreise nicht durchführbar erscheine. Wenn man berücksichtige, daß heute schon überschüssige Kohle bis dicht an die Grenze des Ruhrbezirks, so nach Hamm und Bochum, geführt werde, so sei es klar, daß, wenn einmal die Miumverträge nicht mehr beständen, die Ruhrkohlenpreise aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit wesentlich ermäßigt werden müßten. Man könne bei den gegenwärtig schon etwas über den Friedenslohn liegenden Lohnsätzen im Ruhrbergbau nicht mit 60-70 Prozent der Friedensleistungen auskommen, wenn man nicht eine Rückkehr der Inflation heraufbeschwören wolle. Für den Ruhrbergbau sei es ein unhaltbarer Zustand, daß die achtstündige Arbeitszeit unter Tage als Überarbeit angesehen werde, von der die Bergarbeiter aus irgendeinem Anlaß immer wieder zur Siebenstundenschicht zurückkehren könnten. Die achtstündige Arbeitszeit im Bergbau müsse unter den heutigen Umständen obligatorisch gemacht werden, wobei allerdings die Notwendigkeit einer entsprechenden Wehrrarbeit auch in anderen Gewerben gleichfalls mit aller Umsicht betont werden müsse.

### Gasmangel infolge des Ruhrstreiks.

Nach einer Meldung des Vorwärts aus Essen ist die Brennstofflieferung an die Gaswerke so stark zurückgegangen, daß nur noch für einige Stunden am Tage Gas abgegeben werden kann. Auch in Bochum, Herne und Dortmund macht sich Gasmangel bemerkbar.

### Änderungen durch kommunistische Stoßtrupps.

In Selskirchen und Recklinghausen haben die Kommunisten Stoßtrupps gebildet, die in den Abendstunden Pländerungen verüben. Die Geschäfte schließen schon um fünf Uhr. Die Erregung ist außerordentlich, da viele Bergarbeiterfamilien große Not leiden.

### Kommunistische Aufforderung zum Verbrechen.

Nach einer Meldung aus Selskirchen sind dort von den Kommunisten in großer Anzahl Flugblätter verteilt und angeheftet worden, in denen aufgefordert wird, von jetzt ab Gewalt anzuwenden. Die Plakate tragen die Überschrift: „An das kämpfende Ruhrproletariat“ und den Untertitel: „Mit Gassen und Kanonen schlägt die Ausbeuter tot!“ Es wird weiter aufgefordert, in die Wohnungen der Kapitalisten einzudringen und die Gelder herauszuholen. Die Plakate sind, soweit sie nicht auf Seiten der Kommunisten stehen, niederschlagend. Als Lebensmittel wären zu beschlagnahmen und zu verteilen. Ferner wird aufgerufen, sofort proletarische Hundertschaften zu bilden. Streikbrecher seien ebenfalls tot zu schlagen. Uebrigens Flugblätter sollen, wie ein Anschlag besagt, täglich herausgebracht werden. Angeblich sollen die Flugblätter in Hamm hergestellt sein, jedoch steht einwandfrei fest, daß sie aus Berlin bezogen wurden.

### Neun Autos voll kommunistischer Propagandamaterials.

Ergebnisse der Durchsuchung der russischen Handelsmission. Berlin, 14. Mai. Die bei der Durchsuchung der Sowjethandelsmission beschlagnahmten Autos, Geschäfte und Geheimdrucke, die zur Verbreitung in der Reichswehr, Wehrmacht und an das Proletariat bestimmt waren, sind von der Polizei an den Untersuchungsrichter weitergeleitet worden. Zu ihrer Verwertung waren neun Autos nötig. Der Untersuchungsrichter hat übrigens gegen die vom Polizeipräsidenten auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes verfügte Verhaftung der verhafteten Russen Beschwerde eingelegt und besteht auf Wiederhaftnahme der Beschuldigten.

Die Spigenorganisationen der Beamten haben, wie mehrere Blätter mitteilen, eine Aktion zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten eingeleitet. Die Zusammenkunft Macdonalds mit dem jetzt nach neu zu wählenden französischen Premierminister wird kaum vor Mitte Juni zu erwarten sein.

### Um die Annahme des Sachverständigenberichts.

Aus Macdonalds Rede in der Alberthalle zu London.

Macdonald hielt in der Londoner Alberthalle eine große Rede über die politischen Ziele der englischen Arbeiterregierung und äußerte sich dabei über das Sachverständigengutachten in folgender Weise: Das große Problem der Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt sei, den Sachverständigenbericht zur Ausführung zu bringen. Es gebe einige Dinge in dem Bericht, derenwegen er etwas argwöhnisch sei. Aber weder Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien noch Großbritannien könnten es sich leisten, jetzt auf Einzelheiten einzugehen. Es handele sich um den ganzen Bericht und nicht um Einzelheiten. Wenn man bei der Durchführung auf Schwierigkeiten stoße, so sei immer noch die Barmut vorhanden und man könne Einzelheiten regeln.

Man beachte, daß der englische Premier zugibt, daß der Bericht nicht ohne die geringste Änderung angenommen werden müsse, sondern daß über mancherlei noch wird zu debattieren sein.)

### Drängen der englischen Presse.

In ihren gestrigen Kommentaren zu der durch den Rücktritt Poincarés geschaffenen Lage legen die Londoner Blätter ganz besonderen Nachdruck auf die Notwendigkeit einer Annahme des Sachverständigenberichts in feiner Gesamtheit durch die in Betracht kommenden Regierungen. „Daily Telegraph“ schreibt: Die politische Kombination, auf die sich jedes neue französische Ministerium gründet, wird wahrscheinlich weniger stabil als der geschlagene nationale Block. Die Parteien, die aus dem Angriff gegen den nationalen Block Vorteile gezogen hätten, verfügten über keine gemeinsame Politik. Wie dem auch sein möge, die interalliierten Beziehungen hätten ein großes Element der Stabilität und Stärke, nämlich den Sachverständigenbericht, zu dessen Vollzug und bedingungsloser Annahme jede der Parteien verpflichtet sei, die heute den Mittel- und Sammelpunkt der alliierten Politik bilde.

### Auch Leon Blum für das Sachverständigengutachten.

Der sozialistische Parteiführer Leon Blum erklärt im „Eclair“, was die derzeitige Schwankung des Devisenkurses angeht, so seien die Wahlergebnisse weit entfernt, die französische Devisen ungünstig zu beeinflussen, sondern die Lage des Franken zu verbessern. Frankreich werde um so mehr Kredit in der Welt genießen, je entschlossener es sich als positivste Erwaise und je aufrichtiger seine Absicht sein würde, das Programm der Sachverständigen durchzuführen. Eine Zustimmung, die eine vollständige Bereitschaft sei, Einwendungen zu machen und Verzögerungen herbeizuführen, habe Frankreich nicht das Vertrauen der Welt erwerben können. Die neue Kammer werde dem Gutachten zustimmen. Er habe auch die feste Überzeugung, daß im deutschen Reichstag eine Mehrheit für die Durchführung des Sachverständigenprogramms vorhanden sei. Die deutschen Sozialisten würden den schwersten Fehler begehen, wenn sie damit rechnen, daß der Einzug einer radikalen und sozialistischen Mehrheit in die Kammer ihnen den Vorwand liefern würde, gegen das Programm der Sachverständigen zu obstruieren und sich den Verpflichtungen zu entziehen.

### Zu dem Volksbegehren in Hannover

erläßt die Parteileitung der Deutschen Demokratischen Partei nachstehendes

### Wahrspruch:

Das oberste Ziel der Deutschen Demokratischen Partei ist die Stärkung der Reichsgewalt zwecks Ermöglichung einer straffen Durchführung aller im Interesse des Deutschen Volkes erforderlichen Maßnahmen. In einem Reich, dessen Grenzen gefährdet und dessen Volksgedanke zerrissen sind, muß alles, was die Erreichung dieses Zieles hindern könnte, abgewiesen werden. In der Schaffung eines selbständigen Hannover steht die Deutsche Demokratische Partei keinen Weg zur Stärkung des Reiches, vielmehr einen Weg, der von diesem Ziel wegführt. Vor allem ist die Deutsche Demokratische Partei der Auffassung, daß, solange feindliche Truppen Deutschland besetzt halten, alles vermieden werden muß, was den Eindruck erwecken könnte, als ob der deutsche Einheitsgedanke im deutschen Volke nicht fest verwurzelt sei. Die Schaffung eines selbständigen Hannover würde von den rüchischen Separatisten in reichsfeindlicher Weise auszunutzen werden; sie würde die Bedroh-

lung des besetzten Gebietes vor neue schwere Gefahren stellen. Aus diesen Gründen ersuchen wir alle Demokraten, und darüber hinaus alle Freunde eines gesunden Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, am 18. Mai dem von den Deutschhannoveranern beantragten Volksbegehren nicht zuzustimmen.

Koch, Erkens, Hiltner.

### Zu der Beteiligung der Reichswehr an der Einweihung des Volksebeneckens in Halle.

wird vom Reichswehrministerium mitgeteilt: Die dienstliche Bestellung von Reichswehr zu dienstlichen Veranstaltungen bedarf der Zustimmung des Reichswehrministeriums. Eine dienstliche Bestellung ist nicht beantragt worden und hat nicht stattgefunden. Die außerdienstliche Teilnahme von Reichswehrangehörigen an der mit Zustimmung und Beteiligung der zuständigen Zivilbehörden stattgefundenen Feier hat das Wehrkreiskommando bestimmungsgemäß genehmigt. Die Teilnahme der Traditionskompanie des ehemaligen Kaiser-Regiments Graf Wolke Nr. 88 hat sich auf drei Offiziere und 10 Mann beschränkt, die sich freiwillig beteiligt haben. Den Vorbeibruch haben Angehörige der Reichswehr nicht mitgemacht.

### Ein kommunistischer Antrag über die Hallenser Zusammenstöße.

Daß der Moskauer Dreistigkeit so leicht nichts an die Seite gesetzt werden kann, beweisen jetzt wieder die kommunistischen im preussischen Landtage, die die von ihnen veranlaßten blutigen Vorgänge in Halle zum Gegenstand eines Antrages gemacht haben, in dem sie fordern, daß die Angehörigen der getöteten und verwundeten Arbeiter aus der Staatskasse zu unterstützen seien. Die verhafteten Arbeiter seien sofort freizulassen und für die erlittene Haft zu entschädigen. Die Schuldigen an dem Blutbade seien ihres Amtes zu entheben und zu bestrafen. Insbesondere müsse der sozialdemokratische Innenminister Sebering sofort von seinem Posten zurücktreten. Weiter wird verlangt, daß die preussische Staatsregierung vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert die Aufhebung des stillen Belagerungszustandes verlangen möge.

### Völkische Mordideen.

#### Deinliche Entdeckungen.

Der angebliche Mord an einem Deutschhannoveranern in Bremen durch ein angesehenes Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei hat jetzt eine Aufklärung gefunden. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der Handbeamte Karl Hermann — dies der Name des vermeintlichen politischen Opfers —, der seit längerer Zeit vermisst wurde, nicht, wie von seinen Parteifreunden anfänglich behauptet wurde, ermordet worden ist, sondern sich unter Mitnahme von Parteigelde aus dem Staube gemacht hat. Dies Ergebnis haben die genaue und aufklärende lange geführten amtlichen Untersuchungen gehabt, und wenn auch die Ermittlungen nach dem Verbleibe Hermanns noch nicht endgültig zum Abschluß gelangt sind, so vermag die Bremer Volksabteilung es doch als wahrscheinlich zu bezeichnen, daß Hermann der Boden in Bremen zu heiß geworden ist und er an einem anderen Ort ein Feld seiner Tätigkeit gesucht hat; für anderweitige Gerüchte sei danach kein Anlaß vorhanden.

Während so in Bremen die schwere Verbrechen einer anderen Partei durch die Deutschhannoveranern hallos in sich zusammenbricht, hat sich gleichzeitig in Berlin bestätigt, daß ein seit mehreren Monaten vermisster ehemaliger Offizier, dessen Leiche vor einigen Tagen im Tegeler Forst aufgefunden wurde, tatsächlich im Auftrage der deutschhannoveranischen Seite von einem recht radikalen jungen Manne ermordet worden ist. Der Täter, ein halbwüchsiger Bursche namens Grütts, der ein besonderer Vertrauensmann des Abg. Halle war, war seinerzeit als der Ermordung verdächtig verhaftet worden und auch gefädigt. Da aber die Leiche des Offiziers damals nicht gefunden werden konnte und Grütts sein Geständnis widerrief, so erfolgte die Entlassung des Mörders, der seitdem flüchtig ist. Der Offizier ist um Leben gebracht worden, weil er als kommunistischer Spion unter den Deutschhannoveranern galt. Was die Reden besonders verdächtig macht, ist die Tatsache, daß die deutschhannoveranischen Verbrecher dem Toten die Leiche gelieft und seine Wertgegenstände zu Geld gemacht haben. Darin offenbart sich ein Tiefstand der Moral, auf die die Parteigänger Hallens wahrhaftig nicht stolz sein können.

### Zusammenstoß der Deutschhannoveranern und der Nationalsozialisten.

Wie das S. T. mitteilt, werden die Abgeordneten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Deutschhannoveranischen Partei im Reichstag eine absolute einheitliche Frontlinie unter dem Namen Ko-